GS-KS-01-058

Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum:	03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 58 bis 65:

~~Uns Grünen geht es um gleiche Freiheit für alle, das eigene Leben selbstbestimmt zu gestalten. Im Moment aber spaltet sich die Gesellschaft immer mehr in Gewinner*innen und Verlierer*innen. Erwerbstätige mit Berufsausbildung verdienen im Laufe ihres Berufslebens eine Viertel Million Euro mehr als diejenigen ohne Ausbildung. Mit einem Hochschulabschluss ist es sogar eine Million Euro mehr. Deshalb fordern wir Grünen eine Ausbildungsgarantie, die an die Stelle des unübersichtlichen Durcheinanders von Fördermaßnahmen des Arbeitsamtes tritt. Alle Jugendlichen sollen direkt nach der Schule eine anerkannte Berufsausbildung beginnen können, anstatt ziellos von Maßnahme zu Maßnahme geschoben zu werden.~~

Uns Grünen geht es darum allen Menschen zu ermöglichen ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Darum wollen wir mit unserer Ausbildungsgarantie allen ausbildungsinteressierten Jugendlichen das Recht auf einen Ausbildungsplatz geben, der sie direkt nach der Schule zu einem anerkannten Berufsabschluss führt. Der teure und ineffiziente Maßnahmendschungel am Übergang von Schule zu Beruf muss abgebaut werden. Sinnvolle unterstützende Instrumente wie die Assistierte Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen möchten wir ausbauen, damit mehr Jugendlichen eine Ausbildung im Betrieb gelingt. Wir stellen uns entschieden gegen jede Form der Ausbeutung und treten für gute und faire Ausbildungsbedingungen ein. Die Ausbildung junger Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der insbesondere die Wirtschaft ein übergeordnetes Interesse haben muss. Dennoch ziehen sich immer mehr Betriebe aus der Ausbildung zurück. Wir möchten die gemeinschaftliche Verantwortungsübernahme von Betrieben zur Finanzierung der Ausbildung sicherstellen. Um die Ausbildungsbeteiligung dauerhaft zu erhöhen und damit Betrieben wie Jugendlichen gute Perspektiven zu sichern, befürworten wir branchen- und regionsspezifische Umlagen zur solidarischen Finanzierung der Berufsausbildung. Auszubildende haben zudem ein Recht auf faire Vergütung. Um grundsätzlich allen Auszubildenden ein eigenständiges Leben zu ermöglichen, fordern wir eine Stärkung der Tarifautonomie und ergänzend zu den einzelnen Tarifverträgen eine Mindestausbildungsvergütung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Berufsbildungsbeihilfe einfacher in Anspruch genommen werden kann und dass sich die Höhe der Beihilfe realistisch an den Lebenshaltungskosten orientiert. Das Schulgeld für schulische Berufsausbildungen gehört abgeschafft und die Finanzmittel entsprechend ersetzt.